

Erklärung Barnimer Willkommensinitiativen vom 09.07.2014

Willkommen? Ja! Aber wo und wie?

Willkommensinitiativen fordern einen Steuerungsausschuss des Kreistages und eine an den Bedürfnissen der Flüchtlinge orientierte Unterbringung

Im Land Brandenburg werden im laufenden Jahr mindestens 6000 Flüchtlinge aufgenommen - und natürlich sind auch mehrere Hundert im Barnim zu erwarten (MOZ, 1.7.2014).

Die Barnimer Flüchtlingsinitiativen begrüßen die Aufnahme schutzsuchender Menschen im Barnim. Vor dem Elend der Flüchtlinge aus dem Irak, aus Syrien und anderen Krisenregionen dürfen wir nicht die Augen verschließen. Wir freuen uns, dass es nicht nur Ablehnung gibt: viele Menschen im Barnim sorgen für eine lebendige Willkommenskultur. So haben sich in Wandlitz, Panketal, Eberswalde, Bernau, Biesenthal, Joachimsthal und Oderberg Initiativen gebildet, die sich für die im Barnim lebenden Flüchtlinge einsetzen.

Jetzt verdichten sich die Anzeichen, dass der Landkreis Barnim plant, im entlegenen Oderberg eine neue Flüchtlingsunterkunft zu errichten. Sie soll Wohnraum für 100 - 150 Flüchtlinge bieten.

Wir sind mit der Informationspolitik des Landkreises nicht einverstanden. Wir haben den Eindruck, dass lediglich finanzielle und wohnungsmarktpolitische Gründe für die Zuordnung von Flüchtlingen in bestimmte Orte angewendet werden. Darüber hinaus gibt es aber Kriterien, die sich an den Bedürfnissen der Flüchtlinge und an der Bevölkerungsdichte im Landkreis orientieren. Hier sind die längerfristig aktiven Initiativen Vorort kompetent und sollten unbedingt gehört werden.

Darum appellieren wir an die Abgeordneten des Kreistages:

Berufen Sie bitte einen **Steuerungsausschuss** des Kreistages ein, der kompetent, handlungsfähig und transparent die weitere Aufnahme, Verteilung und fachgerechte Begleitung von Flüchtlingen im Barnim koordiniert.

Beauftragen Sie bitte eine **Ombudsfrau**, einen Ombudsmann oder ein Ombudsgremium des Kreistages für Zuwanderung, wohin sich Barnimerinnen und Barnimer bei Problemen im Zusammenhang mit der Aufnahme Schutzsuchender wenden können.

Wir Barnimer Willkommensinitiativen und die Schutzsuchenden selbst wollen in die Planungen mit einbezogen werden. Das gilt nach allen Erfahrungen insbesondere bei großen und eher "abgelegenen" Einrichtungen.

Viele Flüchtlinge brauchen nach ihrer Ankunft in Deutschland ärztliche und psychologische Begleitung, müssen sich völlig neu orientieren und dürfen keine Fristen versäumen. Es ist sehr wichtig, dass sie rasch Kontakt zu Menschen finden, die ihre Sprache sprechen. Auch deswegen sind sie besonders auf eine

funktionierende und bezahlbare Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Auch die Chance, Kontakte zu knüpfen und Unterstützung zu erfahren, steigt mit der Größe der Orte. Wir fordern darum, Flüchtlinge nur in den größeren Ortschaften entlang der Barnimer Bahnlinien unterzubringen. Oderberg mit 2100 Einwohner_innen und derzeit etwa 40 Flüchtlingen ist zu ablegen und zu klein für ein weiteres größeres Übergangwohnheim.

Wir unterstützen die Haltung des Landkreises, die Schutzsuchenden so schnell wie möglich nach ihrer Ankunft dezentral in Wohnungen unterzubringen. Die Situation besonders in großen Übergangwohnheimen ist mit sozialem Stress verbunden und führt immer wieder zu Retraumatisierungen von Flüchtlingen. Ihr Zurechtfinden in der Gesellschaft wird durch eine längere Heimunterbringung unnötig erschwert. Darum bitten wir die Abgeordneten des Kreistages, dass sie sich mindestens jährlich über die Unterbringung und Begleitung von Flüchtlingen im Barnim unterrichten lassen.

Unsere Erklärung soll dazu beitragen, dass sich im Barnim weitere Strukturen entwickeln, so dass sich Schutzsuchende willkommen fühlen und positive Erfahrungen machen können.

Die freundliche und Kontakte ermöglichende Aufnahme von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen aus ihrer Heimat fliehen mussten, kommt einheimischen *und* zugewanderten Menschen zugute. Ehrenamtliche Unterstützung ist freiwillig und begrenzt, gerade bei qualifizierten Übersetzungsleistungen und fachkompetenter Beratung. Der Kreistag sollte also auch Geld in die Hand nehmen, um diese Herausforderungen so gut wie möglich zu gestalten.

Anschläge, Übergriffe und Hetzveranstaltungen gegen Flüchtlinge nahmen zu. Die „Chronik der Gewalt - Rechte Hetze gegen Flüchtlinge“ kann eingesehen werden unter <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>

Weitere Informationen finden Sie unter www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze oder <http://www.proasyl.de/de/home/gemeinsam-gegen-rassismus>

Namens der Initiator_innen grüßen Sie

Dieter Gadischke, Bernau
Beate Gollnast, Biesenthal
Franz Grimm, Oderberg
Thomas Janoschka, Biesenthal
Beatrix Spreng, Joachimsthal
Juliane Steinigen, Biesenthal

Unterzeichnende der Erklärung:

Sebastian Walter, Eberswalde, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Barnim,
Stellvertretender Landesvorsitzender DIE LINKE Brandenburg
Dorothea Martin, Eberswalde
Grit Beyer, Bernau
Vadim Beyer, Bernau

Nicolaj Beyer, Bernau
Andreas Beyer, Bernau
Hartwin Schulz, Eberswalde
Flüchtlingsrat Brandenburg, Potsdam
Gundula Schoepp, Bernau
Ulrike Wolter, Eberswalde
Mandy Marchwat, Oderberg, Stadtverordnete
Judith Dubiel, Wandlitz, Runder Tisch für Toleranz
Ruth Brinkmeier, Chorin
Amadeu Antonio Stiftung, Berlin
Thomas Mboya, Bernau
Steffen Ehlert, Eberswalde, Barnimer Kampagne "Light Me Amadeu" und Runder
Tisch "Willkommen in Eberswalde"
Josie Rücker, Biesenthal
Projekthaus Potsdam Babelsberg, Potsdam
Antifaschistische Aktion Bernau, Bernau
Bernd Trögel, Wandlitz, Runder Tisch für Toleranz
Kontakt- und Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt Bernau, Bernau
Anne Beittel
Bill Beittel
Initiative "Solidarität für AsylbewerberInnen", Eberswalde
Mike Hartmann
Ilona Frank
Maria Theresa Jessen
Martin Wyschka
Tobias Nagel
Lea Sommer
Ina Krahl
Felix Gaehler
Josephine Löwenstein, Biesenthal
Lena Domeyer, Biesenthal
Anne Schulz, Biesenthal, Stadtverordnete
Bernd Micka, Biesenthal
Claudius Loga, Biesenthal
Lokale Agenda 21 Biesenthal e.V., Biesenthal
Heike Müller, Biesenthal, Stadtverordnete Bündnis90/ Die Grünen
Axel Vogel, Eberswalde, Landtagsabgeordneter Bündnis 90/ Die Grünen

Wir bitten engagierte Initiativen, Gruppen, Abgeordnete, Gremien,
Kirchengemeinden und Einzelpersonen: Wenn Sie diese Erklärung unterstützen
können, teilen Sie uns dies - trotz Urlaubszeit - möglichst bald per Mail mit:
beategollnast@so36.net

Auch wenn Sie die Erklärung nicht unterstützen können, sind wir sehr an Ihrem
Feedback interessiert.

Die nächste Sitzung des Kreistages findet am Mittwoch, 27.08. um 17 Uhr im
Eberswalder Kreishaus statt.